

**D** Von Carsten Krebs, Danyel Reiche  
und Max Schön

Die Gründe dafür sind vielschichtig. Erstens läßt sich eine „äußere Dethematisierung“ feststellen: Im Zuge wirtschaftlicher Rezession, hoher Arbeitslosigkeit, sozialer Unsicherheiten und gesellschaftspolitischen Stillstands verhallen Appelle für eine Politik der Nachhaltigkeit und damit der strukturellen Ökologisierung ungehört. Umweltpolitik bleibt weiterhin in der öffentlichen Wahrnehmung verfangen, nur eine Schön-Wetter-Aufgabe zu sein, die lediglich zu konjunkturellen Hochzeiten zu realisieren sei. Es werden andere politische Prioritäten gesetzt – gut erkennbar an jüngsten Umfragen, nach denen Umweltschutz im Gegensatz zu früheren Zeiten nur noch im hinteren Mittelfeld der wichtigsten Probleme rangiert.

Dazu kommt eine „erfolgsimmanente Dethematisierung“, die paradoxerweise in einigen zarten Umweltverbesserungen begründet liegt. In den vergangenen Jahren vollzog sich ein Paradigmenwechsel der ökologischen Problemlagen. Früher waren es die erfahrbaren und sichtbaren sowie auch zu politisierenden Umweltprobleme, die im Bereich der Gewässer- und Luftverschmutzung sowie einzelner Giftstoffe dazu geführt haben, ein breites Netz von Bürgerinitiativen zu etablieren. Die bundesdeutsche Gesellschaft wurde – auch durch spektakuläre Aktionen in Greenpeace-Manier – umweltpolitisch sensibilisiert. Lokale und oft auch staatenübergreifende Umweltrisiken wurden teilweise erfolgreich zurückgedrängt. Im Rhein schwimmen jetzt wieder Fische, der Himmel im Ruhrgebiet und anderswo hat sich aufgeklärt, und Giftstoffe wie Dünnsäure, FCKW oder einzelne Chemikalien wurden verboten oder substituiert. Umweltpolitik hat also ihre Schuldigkeit getan? Mitnichten.

Heute stehen wir vor graduellen Umweltverschlechterungen, die sich über Medien, Bürgerinitiativen und Parlamente schwerer thematisieren lassen. Fortschreitende Landschaftszerstörung, Flächenverbrauch, Boden- und Grundwasserverschmutzung (lokal) und Klimaschäden, Ozonloch, Artenschwund und Wüstenbildung (global) sind die neuen ökologischen Probleme, die zukünftig auf der Agenda der Umweltpolitik stehen. Oft unsichtbar, meist nicht wahrnehmbar, schwer

Krise und Perspektive deutscher Umweltpolitik

## Zwei strategische Ansätze

**Der Stellenwert von Umweltpolitik ist in der Bundesrepublik derzeit gering – trotz der medialen Konjunkturspritze durch den Streit um die Energiesteuer. Denn das Grundproblem bleibt bestehen: Die nationale Umweltpolitik steckt in einer strukturellen Krise.**

zu politisieren, mit der Folge, daß mit breitem Rückenwind von seiten sozial-ökologischer Bewegungen – trotz leicht steigender Mitgliedszahlen bei Umweltverbänden – kaum zu rechnen ist. So bleibt eine große Bürgerinitiative gegen den Flächenverbrauch eher schwer vorstellbar.

Und drittens resultiert die strukturelle Krise der Umweltpolitik aus ihrer *institutionellen Verankerung samt ihrem additiven Charakter*. Das Bonner Umweltministerium wurde 1986 nach Tschernobyl aus der Taufe gehoben, ohne die umweltschädigenden Bereiche Wirtschaft, Verkehr, Energie und Landwirtschaft administrativ mit einzubeziehen. Das Umweltministerium wurde als weiteres, zusätzliches Ministerium draufgesetzt, ohne administrative Kompetenz in den problemverursachenden Sektoren.

Zu diesen drei negativen Strukturmerkmalen der Umweltpolitik hinzu kommt der Paradigmenwechsel umweltpolitischer Strategien. Wir stehen vor einer Zäsur: vom nach- zum vorsorgenden Umweltschutz. Wurde in der Vergangenheit auf die Emissionsquelle ein Filter gepfropft oder ein Grenzwert festgelegt, gilt es heute die Schäden erst gar nicht entstehen zu lassen. Wie soll aber der Paradigmenwechsel eingeleitet werden, wenn sich einerseits die Probleme und andererseits die Akteure außerhalb und innerhalb der Parlamente kaum mehr politisieren lassen?

Der Ausweg kann nur darin bestehen, daß sich der Staat seiner umweltpolitischen Zielbildungsfunktion verstärkt bewußt wird und diese zurückerobert. Zwei Strategien sind dabei

unerlässlich: Um alle Politikbereiche auf eine konsequente Umweltpolitik zu verpflichten, brauchen wir einen „Plan für ein nachhaltiges Deutschland/Nationalen Umweltplan“. Dort sind langfristige staatliche Umweltziele festgelegt, die verbindlich einzuhalten sind. Davon profitieren vor allem die schleichenden, nicht ohne weiteres zu politisierenden Umweltprobleme, etwa der zunehmende Flächenverbrauch. Zwei Drittel aller Industrieländer verfügen bereits über die ein oder andere Variante der Umweltplanung. Doch die Bundesregierung scheint Angst vor solch einer institutionellen Verankerung zu haben, hätte dies doch zur Folge, daß politische Ziele an der Realität meßbar sind – wie etwa bei der 25-prozentigen Kohlendioxid-Reduktion (bis 2005), bei der gerade das eigene Versagen offensichtlich wird. Zweitens brauchen wir eine Ökologische Steuerreform (ÖSR), bei der die Energiesteuer-Einnahmen zur Senkung der Arbeitskosten verwendet werden. Durch die schrittweise und langfristige Energieverteuerung wird Umweltpolitik fernab politischer Stimmungen strategiefähig und wieder fester Bestandteil nationaler Politik. Durch flexible Ausgestaltung (etwa durch gestaffelte Energiesteuersätze) kann man auch den Bedenken der Industrie gerecht werden. Dann dürfte die ÖSR tatsächlich zu weniger Umweltverschmutzung und zusätzlichen Arbeitsplätzen führen.

Mit diesen zwei strategischen Ansatzpunkten sind zugleich wesentliche Bestandteile der umweltpolitischen Agenda über den Wahltag hinaus benannt.

### Die Autoren

Carsten Krebs und Danyel Reiche sind Lehrbeauftragte an der Universität Hannover sowie Autoren des von den Umweltverbänden DNR, BUND und NABU im Birkhäuser Verlag herausgegebenen Taschenbuches „Die Ökologische Steuerreform“.

Max Schön ist Unternehmer in Lübeck und Vorsitzender der Umweltkommission des Bundesverbandes Junger Unternehmer (BJU).

**Kontakt:** Carsten Krebs, Danyel Reiche, Institut für Politische Wissenschaften an der Universität Hannover, Schneiderberg 50, 30167 Hannover

Tel./ Fax: 05302/ 901129,

c97krebs@aol.com (Krebs)

Tel./ Fax: 0511/ 7000877,

dreiche947@aol.com (Reiche)

Max Schön, Postfach 1804, 23506 Lübeck,

Tel. 0451/ 89090-0, Fax: 0451/ 8966854

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.